

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

29. Jahrgang

Berlin, den 14. Dezember 1962

Nummer 50/51

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahreswende 1962/1963

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv
Hamburg

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-
forschung, Essen

Abgeschlossen in München am 7. Dezember 1962

Die Lage der Weltwirtschaft

Im zweiten Halbjahr 1962 hat sich die konjunkturelle Expansion in der westlichen Welt verlangsamt. Während sich das Wirtschaftswachstum in Westeuropa nur wenig abschwächte, ließen die Auftriebskräfte in den Vereinigten Staaten erheblich nach. Der Welthandel nahm noch leicht zu. Insbesondere stieg die Ausfuhr der Rohstoffländer nach den Industrieländern, da der Lagerabbau bei den Verarbeitern aufhörte. Auch die Rohstoffpreise gingen nicht weiter zurück. Die Besserung der außenwirtschaftlichen Lage in den Rohstoffländern hielt sich allerdings in engen Grenzen.

Bessere Konjunkturaussichten in den Vereinigten Staaten

Bis in die Herbstmonate hinein stand die amerikanische Wirtschaft in einer Phase zunehmender Abschwächung der konjunkturellen Auftriebskräfte, die im dritten Quartal zur Stagnation des realen Volkseinkommens pro Kopf und zu einer Verringerung des Sozialprodukt-Wachstums auf rd. 1 vH (Jahresrate) gegen 3 vH im ersten Halbjahr führte. Im industriellen Bereich schwächte sich die Nachfrageentwicklung so stark ab, daß die Industrieproduktion insgesamt von Juli bis Oktober stagnierte und im Konsumgüterbereich etwas zurückging. Die Arbeitslosenquote ist mit rd. 5,5 vH noch immer sehr hoch und hat sich seit Mitte des Jahres nicht mehr vermindert.

Am stärksten retardierend auf die Entwicklung der Gesamtnachfrage wirkten die Lagerbewegungen: Die Lagerinvestitionen nahmen seit dem ersten Quartal ständig ab, der Rückgang beschleunigte sich im dritten Jahresviertel. Auch der Außenbeitrag zum Sozialprodukt verminderte sich im dritten Quartal erheblich. Da der Export von Gütern und Diensten etwas zurückging und der Importanstieg unvermindert anhielt, verringerte sich der Exportüberschuß auf rd. zwei Drittel der 1961 und im ersten Halbjahr 1962 erreichten Höhe.

Auf die anhaltende Nachfrageexpansion in weniger konjunkturanfälligen Bereichen war es zurückzuführen, daß das Sozialprodukt im dritten Quartal überhaupt noch zunahm. Zu den Komponenten der Gesamtnachfrage, von denen nach wie vor expansive Wirkungen ausgingen, gehörten vor allem die Staatsausgaben, deren Wachstum sich im dritten Quartal sogar verstärkte. Das Wachstum der Ausgaben der privaten Haushalte für Nichtdauerüter und Dienstleistungen verringerte sich nur wenig, während die Ausgaben für Dauerüter sich nicht veränderten. Im Investitionssektor entstanden Auftriebskräfte aus den Ausgaben für Wohnungs- und Industriebauten sowie für landwirtschaftliche Ausrüstungsinvestitionen. Im nichtlandwirtschaftlichen Bereich nahmen die Ausrüstungsinvestitionen kaum noch zu.

Die bis in die Herbstmonate hinein bestehende Konstellation der wirtschaftlichen Kräfte ließ be-

fürchten, daß die noch vorhandenen expansiven Faktoren nicht mehr ausreichen würden, um die kontraktiven Einflüsse — insbesondere im Investitionsbereich — zu kompensieren. Damit bestand für 1963 die Gefahr einer, wenn auch relativ milden gesamtwirtschaftlichen Rezession. Seit der Kuba-Krise hat sich diese Gefahr wesentlich verringert. Die rückläufige Bewegung der Lager-Investitionen dürfte zwar im vierten Quartal noch angehalten haben, jedoch in erheblich geringerem Ausmaß. Die leichte Besserung des konjunkturellen Klimas läßt günstige Auswirkungen auf die Lagerpolitik der Wirtschaft erwarten. Der Rückgang der Lagerinvestitionen dürfte deshalb geringer ausfallen, als vor der Kuba-Krise zu befürchten war, und die für 1963 ohnehin zu erwartende Umkehrung der Lagerbewegung dürfte früher einsetzen.

Als wohl wichtigster neuer Faktor, der sich auf das allgemeine konjunkturelle Klima und auf die Konjunkturpolitik auswirken dürfte, ist die aus den weltpolitischen Ereignissen der letzten Monate hervorgegangene Stärkung der Stellung des amerikanischen Präsidenten anzusehen. Einmal haben sich die Erfolgsaussichten für die schon lange bestehenden Intentionen der Regierung, mit allgemeinen Steuersenkungen das Wirtschaftswachstum anzuregen, nun wesentlich verbessert. Zum anderen ist für das nächste Jahr mit einer verstärkten Steigerung der öffentlichen Ausgaben, vor allem für die Landesverteidigung, zu rechnen.

Das Defizit in den öffentlichen Haushalten, das sich im ersten Halbjahr 1962 gegenüber 1961 auf fast die Hälfte verringert hatte, wird sich durch die zunehmende Ausgabensteigerung bei vorerst weiterhin schwacher Entwicklung der Staatseinnahmen wieder erheblich vergrößern. Aber dieses Moment dürfte in der Öffentlichkeit und im Kongreß nicht mehr die gleiche Rolle als Einwand gegen die Regierungspolitik spielen wie bisher. Die weltpolitischen Ereignisse der letzten Monate haben der amerikanischen Öffentlichkeit vor Augen geführt, daß in der gegenwärtigen Situation Verteidigungsgesichtspunkte Priorität gegenüber dem Postulat des Haushaltsausgleichs haben müssen. Überdies scheint sich immer mehr die Erkenntnis durchzusetzen, daß unter den gegebenen Umständen — insbesondere bei den bisherigen Besteuerungsgrundsätzen — ein ausgeglichener Bundeshaushalt nur bei stärker wachsendem Sozialprodukt möglich ist, wie beispielsweise 1960 oder 1955 bis 1957.

Es gibt jetzt Anzeichen, daß im kommenden Jahr von der Nachfrage im privaten Sektor der amerikanischen Volkswirtschaft Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgehen werden. Nach privaten Erhebungen sollen die Ausgaben der privaten Wirtschaft für Bau- und Ausrüstungsinvestitionen im nächsten Jahr etwa 3 vH über dem Jahresergebnis für 1962 liegen. Im Rahmen eines konjunkturellen Klimas, wie es vor der Kuba-Krise vorgeherrschte hatte, mußte diese Vorausschätzung als ziemlich unrealistisch erscheinen. Die amtlichen Vorausschätzungen für das letzte Quartal dieses Jahres ließen auch schon eine erhebliche Verringerung des knapp einhalbjährigen Investitions-Anstiegs erkennen,

und es war für 1963 mit einem Rückgang der Investitionen zu rechnen. Die zu erwartende Besserung des allgemeinen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Klimas läßt nun die erwähnte Vorausschätzung etwas realistischer erscheinen.

Ein weiteres günstiges Symptom aus dem Bereich der privaten Nachfrage ist der überraschend hohe Automobilabsatz seit Oktober, der nach früheren Erfahrungen für 1963 auf ein „gutes Autojahr“ schließen läßt. Bei der Schlüsselrolle der Automobilindustrie in den Vereinigten Staaten sind von hier aus erhebliche expansive Impulse zu erwarten.

Mäßiges Wachstum in Westeuropa hält an

In Westeuropa setzte sich im zweiten Halbjahr 1962 das wirtschaftliche Wachstum etwas verlangsamt fort. Von den großen Industrieländern wies Frankreich die stärkste Zunahme der Industrieproduktion auf. In Italien dagegen stieg sie kaum noch, was jedoch nicht allein einer konjunkturellen Abschwächung zuzuschreiben ist, da ausgedehnte Streiks zu Produktionsausfällen führten. Hinsichtlich des Wachstumstempos nimmt das Vereinigte Königreich eine Mittelstellung zwischen den vorgenannten Ländern ein.

Soweit eine Verlangsamung der Expansion festzustellen ist, ging sie vor allem von der schleppenden Entwicklung der Unternehmernachfrage aus. Im Gegensatz zu den privaten Investitionen setzte sich der Anstieg der öffentlichen Investitionen offenbar in den meisten Ländern unvermindert, in einigen sogar verstärkt, fort. Das gleiche gilt für den privaten Verbrauch, der damit Hauptstütze der Expansion geblieben ist und gegenüber den anderen Faktoren an Bedeutung relativ noch gewonnen hat.

Die Ausfuhr der europäischen Länder hat in den letzten Monaten konjunkturell nur noch wenig zugenommen. Eine Steigerung vollzog sich ausschließlich im innereuropäischen Austausch, während die Exporte in die übrige Welt ihren Umfang kaum halten konnten. Demgegenüber hat die Einfuhr aus Übersee konjunkturell weiter zugenommen, was vor allem mit einer Tendenzänderung in der Lagerhaltung von Rohstoffen zusammenhängen dürfte. Das Handelsbilanzdefizit Westeuropas hat sich somit nochmals vergrößert.

Der in Westeuropa schon im vorigen Jahr erfolgte Übergang in eine ruhigere Wachstumsphase hat inzwischen zu den ersten Auflockerungserscheinungen auf den Arbeitsmärkten geführt, die sich bereits in den statistisch ausgewiesenen Arbeitslosenzahlen einiger Länder niederschlugen. Diese Entwicklung wird auch durch das rückläufige oder stagnierende Angebot an offenen Stellen bestätigt. In Frankreich ist der Anstieg der Arbeitslosenzahlen nicht konjunkturell bedingt, sondern auf den Zustrom von Arbeitskräften aus Algerien zurückzuführen. In Italien haben die konjunkturellen Schwächetendenzen den Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit bisher nicht unterbrochen. Der Produktionsanstieg im Vereinigten Königreich hat bisher nicht ausgereicht, die seit Mitte 1961 anhaltende Verschlechterung der Arbeitsmarktlage abzuwehren.

Trotz der leichten Entspannung auf den Arbeitsmärkten läßt sich in Westeuropa bisher kaum eine Verminderung des Lohnauftriebs erkennen. Die Reallohnentwicklung wurde teilweise durch das Nachlassen des Verbraucherpreisanstiegs begünstigt. Dies gilt besonders für das Vereinigte Königreich, die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Belgien und die Niederlande, wo die Nahrungsmittelpreise nachgegeben haben. In den meisten anderen Ländern ist die steigende Preistendenz nicht unterbrochen worden.

Die Furcht vor einer Fortsetzung des starken Lohn- und Preisauftriebs hat verschiedentlich dazu geführt, daß die Wirtschaftspolitik trotz Wachstumsabschwächung unverändert oder gar verstärkt restriktiv orientiert ist, so in Dänemark, Österreich und der Schweiz. In anderen Ländern dagegen, vor allem im Vereinigten Königreich und in Schweden, wurden zur Stützung oder Beschleunigung der Expansion anregende Maßnahmen ergriffen; selbst in Frankreich wurden zusätzliche Investitionsbegünstigungen gewährt. Diese Unterschiede im Kurs der Wirtschaftspolitik erklären sich nicht allein aus den Abweichungen in der Konjunktur- und Zahlungsbilanzsituation, sondern lassen auch Unterschiede in der Gewichtung der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen erkennen, speziell in der Abwägung von Preisstabilisierung und Wachstumsmaximierung.

Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß das wirtschaftliche Wachstum im Jahre 1963 geringer sein wird als im Vorjahr. Zwar dürften sich verschiedene retardierende Einflüsse auch über die Jahreswende hinaus bemerkbar machen, doch werden voraussichtlich genügend Gegenkräfte vorhanden sein, um das gegenwärtige Expansions-tempo mindestens aufrecht zu erhalten.

Die entscheidenden Stützen der wirtschaftlichen Expansion werden weiterhin der private Verbrauch und die Nachfrage der öffentlichen Hand sein. Vor allem dürfte die Beschleunigung in der Zunahme der staatlichen Investitionen einen weitgehenden Ausgleich schaffen für die möglicherweise noch weiter anhaltende Abschwächung im Wachstum der privaten Investitionen. Es deutet nämlich noch nichts darauf hin, daß die Investitionsneigung der privaten Unternehmer wieder lebhafter wird, da sich die Gewinnerwartungen im allgemeinen kaum verbessert haben und infolge großer Kapazitätserweiterungen in den vergangenen Jahren noch vielfach Produktionsreserven vorhanden sind. Ob die Ausfuhr in die übrige Welt wieder zur Expansion beitragen wird, dürfte entscheidend von der konjunkturellen Entwicklung in den USA abhängen.

Geringere Zunahme des Welthandels

Das verlangsamte wirtschaftliche Wachstum in den Industrieländern in der zweiten Jahreshälfte hat retardierend auf die Entwicklung des Welthandels gewirkt. Die Welthandelsumsätze, die im ersten Halbjahr 1962 etwa 6 vH größer waren als im ersten Halbjahr 1961, überschritten im dritten Quartal das Vorjahrsniveau weniger stark; mengenmäßig ergab sich etwa die gleiche Entwicklung. Saisonbereinigt dürften sie seit der Jahresmitte nur noch wenig zugenommen haben. Das gilt vor

allem für die Ausfuhr der Industrieländer, während die Rohstoffländer ihre Ausfuhr zumindest nach den Industrieländern weiter steigern konnten.

Die Exportzunahme der Rohstoffländer in den letzten Monaten steht im Gegensatz zum geringeren Wachstum der industriellen Verarbeitung in den Industrieländern. Sie ist allein mit veränderten Tendenzen der Rohstofflagerhaltung zu erklären. Eine Neigung zum Aufstocken von Rohstofflagerbeständen ist zwar bei dem derzeitigen langsamen Wirtschaftswachstum unwahrscheinlich; auch die Preisentwicklung spricht nicht dafür. Offenbar ist aber der Lagerabbau beendet worden, wodurch sich die Rohstoffnachfrage erhöhte. Da eine schnellere Zunahme des Rohstoffverbrauchs in den kommenden Monaten nicht zu erwarten ist, dürfte die Belegung der Umsätze nur so lange anhalten, bis ein Niveau erreicht ist, das zur Deckung des laufenden Bedarfs ausreicht. Die Ausfuhr der Rohstoffländer wird in den nächsten Monaten also wahrscheinlich nicht mehr in demselben Maße wachsen wie bisher. Auch ein stärkerer Anstieg ihrer Einfuhr ist nicht zu erwarten.

Die tendenzielle Verbesserung der außenwirtschaftlichen Lage der Rohstoffländer, die für das erste Halbjahr kennzeichnend war, dürfte sich also zunächst noch fortgesetzt haben. Im ersten Halbjahr traf die Verbesserung der Handelsbilanz mit einem stärkeren Nettozufluß von langfristigem Kapital — nicht zuletzt im Wege der Entwicklungshilfe — zusammen. Abflüsse von kurzfristigem Kapital haben allerdings bewirkt, daß dennoch die Gold- und Devisenbestände dieser Ländergruppe, wenn auch verlangsamt, weiter abgenommen haben. Zu der etwas günstigeren Handelsbilanzentwicklung hat — bei unveränderten terms of trade — außer der Ausfuhrsteigerung auch die Zurückhaltung bei der Einfuhr beigetragen. Lateinamerika reduzierte seine Einfuhr durch Restriktionen. Von der Einfuhrsteigerung der übrigen Rohstoffländer wurde dieser Rückgang zwar mehr als ausgeglichen. Gleichwohl hat er den Anstieg der Gesamteinfuhr der Rohstoffländer fühlbar beeinflußt.

Stetigere Preistendenz auf den Rohstoffmärkten

Nachdem noch im ersten Halbjahr 1962 bei den industriellen Rohstoffen rückläufige Marktpreise vorherrschend waren, zeichnete sich in der Folgezeit eine — wenn auch begrenzte — Besserung der Marktlage ab. Symptomatisch dafür war, daß sich die Preisrückgänge der NE-Metalle nur noch in geringerem Ausmaß fortsetzten und später in einen festeren Preisverlauf einmündeten, wobei sich die mit der Kuba-Krise in Zusammenhang stehenden Nachfrage- bzw. Angebotsveränderungen nur als vorübergehende Marktstütze erwiesen. Sicher gilt dies auch für die internationalen Märkte von einzelnen Textilrohstoffen und Kautschuk, obwohl hier der Preisauftrieb zeitweilig schärfere Formen annahm. Ungeachtet dessen kann von einer Überwindung der labilen Grundverfassung der Rohstoffmärkte noch keine Rede sein. Darauf deuten auch die laufenden Produzentenkäufe bei den NE-Metallen und die bei einzelnen Textilrohstoffen feststellbare restriktive Beeinflussung des Marktangebots hin.

Als wichtigste marktbestimmende Faktoren standen im Berichtszeitraum zwei Entwicklungen im Vordergrund: Einmal verzeichneten die Rohstoffläger des Importhandels und der verarbeitenden Industrie keine weitere Abnahme, so daß von dieser Seite her eine kontraktive Beeinflussung der Gesamtnachfrage nicht mehr erfolgte. Die Lagerbewegungen bildeten insgesamt ein wirksames Gegengewicht gegenüber dem nur noch verlangsamt zunehmenden Rohstoffbedarf der Verbraucherländer. Zum anderen führten die insbesondere bei den NE-Metallen eingeleiteten Produktionsrestriktionen vielfach zu einem besseren Marktgleichgewicht mit der Folge eines tendenziellen Abbaus der Marktüberschüsse (Aluminium, Blei, Zink).

Zu einer Stärkung der Anbieterpositionen führten außerdem umfangreiche Käufe der Ostblockländer (z. B. bei Kautschuk). Ferner gingen von den Liquidationen der amerikanischen strategischen Vorräte (Zinn, Kautschuk) im Berichtszeitraum nur geringere Marktstörungen aus. Die Nachfragebelebung im Zusammenhang mit der Kuba-Krise und die zeitweilig zurückhaltenden Dispositionen der Anbieter verbesserten indessen nur vorübergehend die Angebots-Nachfrage-Konstellationen.

Die künftige Entwicklung der internationalen Märkte für industrielle Rohstoffe hängt davon ab, ob die in letzter Zeit auf einer Reihe von Märkten zu beobachtende konvergierende Entwicklung der Weltproduktion und des Weltverbrauchs bzw. des verfügbaren Angebots und der effektiven Nachfrage weiterhin anhalten wird. Dem Wachstum der industriellen Produktion in den nächsten Monaten kommt dabei entscheidende Bedeutung zu; dies um so mehr, als zusätzliche Nachfrageimpulse von den Vorratsbewegungen her kaum zu erwarten sind. Ein Unsicherheitsmoment von erheblicher Tragweite bleiben die Vorratsliquidationen, die künftig möglicherweise eher eine Ausweitung als eine Einschränkung erfahren dürften.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel haben sich die Preise zum Teil gefestigt. Die Kuba-Krise führte zwar auf einigen Märkten zu plötzlichen Preissteigerungen, die jedoch nur von kurzer Dauer waren, da im Gegensatz zu früheren Krisensituationen diesmal keine nennenswerten Vorratskäufe erfolgten.

Die künftige Preisentwicklung wird vielfach durch die bessere Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage beeinflußt werden, so daß — mindestens bis zur Ernte 1963 — mit einer weiter anhaltenden Tendenz zur Preisbefestigung gerechnet werden kann. Auf dem Weltweizenmarkt ist bemerkenswert, daß die erheblich geringere Ernte in den Vereinigten Staaten nicht ausreicht, der Inlands- und der voraussichtlichen Auslandsnachfrage zu entsprechen, so daß ein Vorratsabbau möglich sein wird. Auf dem Futtergetreidemarkt werden dagegen infolge großer Ernten in Nordamerika und Westeuropa die Vorräte voraussichtlich nicht weiter abnehmen. Im Wirtschaftsjahr 1961/1962 war auf dem Zuckermarkt ein Nachlassen des Angebotsdrucks festzustellen. Da die Zuckergewinnung 1962/63 in Westeuropa voraussichtlich geringer als im Vorjahr sein wird,

ist aus diesen Ländern erneut mit erhöhter Nachfrage zu rechnen, die zu einem weiteren Vorratsabbau führen wird. Die Versorgung der Weltfleischmärkte dürfte infolge überwiegend steigender Erzeugung in den Zuschußländern und Produktionsausweitungen in einigen Überschußländern im allgemeinen reichlich sein.

Ausblick

In den Industrieländern der westlichen Welt ist in den nächsten Monaten mit einem Anhalten des wirtschaftlichen Wachstums im gegenwärtigen Ausmaß (rd. 3 vH Jahresrate) zu rechnen. Im weiteren Verlauf des Jahres 1963 könnte sich die Expansion sogar leicht beschleunigen.

Hierbei kommt allerdings angesichts der vielfachen Beeinträchtigung der Investitionsbereitschaft, die einerseits aus der unbefriedigenden Gewinnlage und der teilweise mangelhaften Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazitäten, andererseits aber aus dem fehlenden Vertrauen in eine konsequente wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik resultiert, in der gegenwärtigen Situation einer wachstumsbewußten Gestaltung der öffentlichen Haushalte eine besonders große Bedeutung zu. Insbesondere in den Vereinigten Staaten wäre das Wachstum der Wirtschaft im kommenden Jahr nicht aufrecht zu erhalten ohne die Durchführung der seit längerer Zeit geplanten Steuerreform. In Europa haben einzelne Regierungen bereits durch Erhöhung der öffentlichen Ausgaben bewußt für zusätzliche Wachstumsimpulse gesorgt. Für die konjunkturelle Entwicklung ist es hier in Anbetracht des begrenzten Expansionspielraums jedoch wichtig, für eine genügende Flexibilität der öffentlichen Haushalte zu sorgen, damit es bei der Ansteuerung eines angemessenen Wachstums nicht zu einer Überbeanspruchung der vorhandenen Produktivkräfte kommt.

Eine Konsolidierung des internationalen Zahlungsverkehrs gelang 1962 noch nicht im erhofften Umfang; im dritten Quartal erfuhr der seit längerer Zeit in Gang befindliche Entspannungsprozeß sogar eine Unterbrechung. Wenngleich die unterschiedliche Nutzung des vorhandenen Expansionspielraums und die zum Teil daraus resultierende unterschiedliche Preisentwicklung den Vereinigten Staaten gegenüber Europa und Japan gewisse Vorteile brachten, so mußten sie doch eine erneute Verschlechterung ihrer Leistungsbilanz und einen weiteren Goldabfluß hinnehmen. Der künftige Zahlungsverkehr zwischen den Industrieländern wird weitgehend davon bestimmt werden, ob es den Vereinigten Staaten möglich sein wird, auf längere Sicht Leistungsbilanzüberschüsse zu erzielen, aus denen sich ihre Kapitalausfuhr und sonstigen Auslandsverpflichtungen finanzieren lassen. Bei der erwarteten Fortsetzung der Expansion in Europa dürften sich die amerikanischen Ausfuhrchancen verbessern, wenn sich in Europa der Preisauftrieb fortsetzen und sich die Ver-

einigten Staaten weiterhin einer annähernden Preisstabilität erfreuen sollten.

Die Entwicklung des Welthandels brachte den Rohstoffländern in letzter Zeit eine gewisse Verbesserung ihrer Leistungsbilanzen. Darin kann gleichwohl noch keine grundlegende Änderung ihrer Außenwirtschaftslage gesehen werden, da sich die Erleichterung teilweise unter dem Einfluß restringierender Maßnahmen vollzog, die nicht im Einklang mit den Erfordernissen einer wachsenden Weltwirtschaft stehen. Andererseits dürften Befürchtungen, daß die Gestaltung des Warenaustauschs zwischen den Industrie- und Rohstoffländern Anlaß zu einer weltweiten Deflation geben könnte, nicht gerechtfertigt sein; den Industrieländern stehen ausreichende Möglichkeiten zur Verfügung, einer Nachfragerücke zu begegnen. Wie die jüngste Vergangenheit zeigt, ist die Mehrzahl der Industrieländer auch durchaus bereit, hiervon Gebrauch zu machen.

In ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung bietet die Ausfuhr der Rohstoffländer — vor allem wegen des abnehmenden spezifischen Rohstoffverbrauchs und des Vordringens von Substitutionsprodukten — allerdings nicht die Chance, die für ein befriedigendes wirtschaftliches Wachstum notwendige Steigerung der Devisenerlöse zu erzielen. Auch einer Erhöhung der Kapitalimporte zu kommerziellen Bedingungen sind wegen der damit verbundenen Lasten für den Kapitaldienst relativ enge Grenzen gezogen. Daher erscheint die Öffnung der Binnenmärkte der Industrieländer für Produkte der Rohstoffländer sinnvoller als die sonst notwendig werdende Steigerung der unentgeltlichen Leistungen. Das würde voraussetzen, daß die Industrieländer einen Wandel der Warenstruktur ihrer Einfuhr aus den Rohstoffländern zulassen. Dies wäre durch einen Abbau der Handelsschranken und durch den Verzicht auf andere protektionistische Maßnahmen sowohl für Industrieprodukte als auch für Agrarprodukte zu erreichen.

Erst mit der vollen Einschaltung der Rohstoffländer in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung kann sichergestellt werden, daß sie in angemessener Weise an der Wohlstandssteigerung der westlichen Welt teilhaben und die Entwicklungshilfe bessere Nutzeffekte erzielt.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Die konjunkturelle Entwicklung verlief seit Jahresmitte günstiger als in weiten Kreisen der Öffentlichkeit erwartet worden war. Die Zunahme der für die konjunkturelle Situation wichtigen volkswirtschaftlichen Größen übertraf im zweiten Halbjahr 1962 zumeist auch die in der Gemeinschaftsdiagnose im Sommer niedergelegten Vorausschätzungen.

Vor allem ging das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion, des realen Bruttosozialprodukts, mit 4 bis 5 vH Jahresrate über das

erwartete Maß (3 bis 4 vH) hinaus. Entscheidend war, daß sich der Produktivitätsfortschritt beschleunigt hat; er ist gegenwärtig — wie schon in der ersten Jahreshälfte — die einzige Quelle des wirtschaftlichen Wachstums, da der Zugang an Arbeitskräften wiederum durch die Verkürzung der Arbeitszeit ausgeglichen wurde.

Die Beschleunigung des Produktivitätsfortschritts erklärt sich aus einer Reihe von Faktoren, so offensichtlich aus den Erfolgen, die den Rationalisierungsbemühungen beschieden waren und aus der Tatsache, daß gesamtwirtschaftlich die Kapazitätsauslastung nicht mehr abnahm und daher von hier keine negativen Einflüsse auf die Produktivität ausgingen.

Diesem realen Geschehen stand eine unverändert stark wachsende Expansion der Gesamtnachfrage gegenüber. Das nominale Bruttosozialprodukt nahm konjunkturell kräftig zu; es war weiterhin um etwa 8 vH höher als im Vorjahr.

Verhältnismäßig rasch sind nach wie vor die Ausgaben für Anlageinvestitionen gestiegen. Dies gilt vor allem für die Ausgaben auf dem Bauproduktmarkt. Obwohl sich das Angebot an Bauleistungen spürbar erweitern ließ, steht die Bauwirtschaft noch immer im Zeichen der Übernachfrage; die Preissteigerungen hielten daher in fast unvermindertem Tempo an.

Auch die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen haben in der zweiten Jahreshälfte noch kräftig, wenn auch nicht mehr so stark wie vormals, zugenommen. Gewiß ist gegenwärtig die Investitionsneigung der Unternehmen im ganzen gesehen geringer als in den letzten Jahren. Sie ist aber, wie aus der konjunkturellen Entwicklung der Bestellungen bei den Investitionsgüterproduzenten hervorgeht, in den vergangenen Monaten nicht mehr gesunken. Da der Rückgang der Auftragsreserven, der sich bei den Investitionsgüterindustrien mit großen Unterschieden im einzelnen vollzog, keinen Anlaß zu gesamtwirtschaftlich ins Gewicht fallenden Einschränkungen der Produktion oder der Beschäftigung bot, ist er eher als Zeichen der Entspannung denn als Signal konjunktureller Gefahren zu werten.

Die Außenwirtschaft wirkte infolge der stärkeren Zunahme der Einfuhr als der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen wie in der ersten Jahreshälfte kontrahierend auf das konjunkturelle Geschehen. Der außenwirtschaftliche Überschuß hat sich ungefähr auf das Niveau eingespielt, das im Hinblick auf die Zahlungsbilanzpolitischen Zielsetzungen und Erfordernisse als befriedigend gelten darf.

Kräftige expansive Impulse gehen nach wie vor von der Öffentlichen Hand aus, da die einkommenswirksamen Ausgaben rascher wachsen als der Einkommensentzug durch die öffentlichen Einnahmen.

Nicht zuletzt haben auch die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte erheblich zur Ausweitung der Gesamtnachfrage beigetragen, wenn sie auch — in Übereinstimmung mit der Lohnentwicklung — nicht mehr ganz so rasch gestiegen sind wie bis zur Jahresmitte.

Als wichtiges Zeichen der konjunkturellen Entspannung ist anzusehen, daß sich Lohnsteigerung und Produktivitätsfortschritt in ihrem Wachstumstempo zum erstenmal seit 1959 wieder etwas angenähert haben; allerdings besteht hier noch immer eine erhebliche Diskrepanz.

Immerhin hat dies angesichts der anhaltenden Expansion dazu beigetragen, daß die Gewinne wieder etwas rascher gestiegen sind, obwohl sich der allgemeine Preisanstieg verlangsamt hat. In der Entwicklung der Verbraucherpreise schlug sich vor allem die Entlastung der Märkte durch reichlichere Ernten nieder.

Trotz der Zunahme der Gewinne mußte ein weiter wachsender Teil der Investitionsausgaben der Wirtschaft bei leicht steigenden Zinsen mit fremden Mitteln finanziert werden.

Geringeres Wachstum der Investitionsausgaben

Der Anstieg der Investitionsausgaben schwächte sich im zweiten Halbjahr konjunkturell leicht ab. Dabei hat sich die Entwicklung der einzelnen Nachfrageströme, in die sich die gesamte Nachfrage an Investitionen aufgliedert, stärker differenziert als bisher. So haben die Aufwendungen des Staates für eigene Investitionen beschleunigt zugenommen. Der Wohnungsbau expandierte unvermindert kräftig. Weiterhin sehr stark nahmen ferner die Investitionen der Bauwirtschaft zu. Demgegenüber verlangsamt sich die Ausweitung der industriellen Investitionen. Für die Landwirtschaft deuten die vorliegenden Informationen sogar auf eine Einschränkung der Investitionsaufwendungen hin.

Die gesamten Ausrüstungsinvestitionen sind weiter gestiegen. Wie bisher nahmen die Bezüge aus dem Ausland stärker zu als die Bezüge aus dem Inland. Der Anstieg des Inlandumsatzes — wie übrigens auch des Gesamtumsatzes — an Investitionsgütern war jedoch nur möglich, weil die Produktion aus Auftragsbeständen gespeist werden konnte. Inzwischen sind die Auftragsbestände soweit reduziert worden, daß sie von den Unternehmern im Durchschnitt als normal beurteilt werden.

Der Inlandsabsatz des Maschinenbaus stagniert seit der Jahresmitte. Damit zeigt sich diese Industriegruppe von der oben angesprochenen Differenzierung in der Investitionstätigkeit ungünstig betroffen. Dies deswegen, weil der größte Teil ihrer Inlandslieferungen an Industrie und Landwirtschaft geht.

Auch auf dem Baumarkt machen sich die erwähnten Unterschiede in der Intensität der Nachfrage bemerkbar, die gegenwärtig von der öffentlichen Hand auf der einen Seite und der gewerblichen Wirtschaft auf der anderen Seite ausgehen. Die Bautätigkeit der öffentlichen Hand nahm besonders kräftig zu. Im gewerblichen Bau stiegen die Investitionsaufwendungen dagegen nur noch abgeschwächt, bei Ausschaltung der Preissteigerung nicht mehr.

Der Preisanstieg auf den Märkten für Ausrüstungsgüter ist in den letzten Monaten zum Stillstand gekommen. Die Baupreise stiegen dem-

gegenüber weiter an, wenn auch nicht ganz so stark wie bisher.

Die unterschiedlichen Investitionstendenzen werden in den nächsten Monaten bestehen bleiben. Die für öffentliche Investitionen vorgesehenen Mittel lassen in diesem Bereich eine kräftige Investitionsausweitung weiterhin als gesichert erscheinen. Auf Grund des hohen Auftragsbestandes ist auch mit einer anhaltenden Steigerung der Aufwendungen für Wohnbauten zu rechnen, wengleich das Wachstum wie schon bisher nicht an die Expansion im öffentlichen Bau heranreichen wird. Die Bauinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft werden sich nur noch geringfügig erhöhen; real dürften sie unverändert bleiben oder sogar leicht zurückgehen. Auch die Ausrüstungsinvestitionen der gewerblichen Wirtschaft werden schwächer als bisher zunehmen. Die Abschwächung wird im industriellen Sektor besonders ausgeprägt sein.

Da bislang keine Anzeichen für eine allgemeine Belebung der Investitionsneigung erkennbar sind, wird der künftige Anstieg der Auslieferungen von Ausrüstungsgütern eine weitere Minderung der Auftragsbestände bei den Investitionsgüterproduzenten zur Folge haben.

Verlangerter Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses

Der Leistungsbilanzüberschuß (im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) ist im zweiten Halbjahr 1962 erneut gesunken. Der seit Mitte 1961 zu beobachtende Rückgang hat sich jedoch verlangsamt. Bestimmend für diese Verlangsamung war die Entwicklung der Warenbilanz. Das Defizit der Dienstleistungsbilanz hat insbesondere wegen der nochmals beträchtlich erhöhten Nettoausgaben im Reiseverkehr zugenommen.

Die Wareneinfuhr ist seit der Jahresmitte konjunkturell rückläufig. Günstige Ernteergebnisse in diesem Jahr und das Aufhören der Eindeckungskäufe, die von den Importeuren um die Jahresmitte im Zusammenhang mit der Einfuhr der EWG-Marktordnungen vorgenommen worden waren, haben zu einem Rückgang der Nahrungsmittelfuhren geführt. Die Rohstoffeinfuhren stagnierten weiterhin bei nach wie vor leicht sinkenden Preisen. Dagegen ist die Einfuhr von Halbwaren im zweiten Halbjahr konjunkturell etwas gestiegen. Bei der Einfuhr von gewerblichen Fertigerzeugnissen hielt die kräftige Aufwärtsentwicklung nahezu unvermindert an.

Die Warenausfuhr hielt sich seit dem Frühjahr konjunkturell auf unverändertem Niveau; sie war aber immer noch höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Durchschnittswert der Gesamtausfuhr, in dem die Preisentwicklung der exportierten Waren annähernd zum Ausdruck kommt, hat sich kaum verändert. Der bisherige starke Anstieg der Durchschnittswerte der Fertigwaren-Endezeugnisse, auf die nahezu zwei Drittel der Gesamtausfuhr entfallen, schwächte sich deutlich ab.

Mit einem konjunkturellen Rückgang der Warenausfuhr ist auch für das erste Halbjahr 1963 nicht zu rechnen. Die Bestände an Exportauf-

trägen haben sich zwar vermindert, sie sind aber immer noch verhältnismäßig hoch. Die wirtschaftliche Expansion in den Hauptabnehmerländern wird sich trotz gewisser Abschwächungstendenzen fortsetzen. Außerdem haben wichtige Konkurrenzländer in zunehmendem Maße mit Preis- und Kostensteigerungen zu kämpfen.

In der ersten Jahreshälfte 1963 wird die Wareneinfuhr konjunkturell wieder zunehmen, da die Nahrungsmittelfuhr, die im zweiten Halbjahr 1962 allein für den Rückgang verantwortlich war, vom Jahresbeginn an wahrscheinlich nicht weiter sinken wird. Die Einfuhr von Fertigwaren wird zwar weiter steigen, jedoch vermutlich schwächer als bisher, da sich das Wachstum der Ausgaben für Investitions- und Verbrauchsgüter verlangsamen wird. Auch bei der Einfuhr von Halbwaren und Rohstoffen ist eher mit einer Aufwärtsbewegung zu rechnen.

Unter diesen Voraussetzungen wird sich der Überschuß im Warenverkehr im ersten Halbjahr 1963 nicht erheblich von dem Ergebnis im ersten Halbjahr 1962 unterscheiden. Das Defizit im Dienstleistungsbereich wird sich weiter vergrößern. Es kann angenommen werden, daß der Überschuß der Leistungsbilanz sein Vorjahresniveau nicht mehr so stark unterschreiten wird wie bisher.

Leicht abgeschwächter Anstieg des privaten Verbrauchs

Die Ausgaben der privaten Haushalte sind im zweiten Halbjahr zwar immer noch rasch gestiegen, indes konjunkturell nicht mehr so stark wie zuvor. Dabei hat sich in den Ferienmonaten der Anteil der Ausgaben für Auslandsreisen besonders kräftig erhöht, was die Steigerung der Einzelhandelsumsätze beeinträchtigte. Obwohl erneut ein größerer Teil des privaten Verbrauchs aus Einfuhren gedeckt wurde, profitierte auch die heimische Verbrauchsgüterindustrie von der noch immer guten „Verbrauchskonjunktur“.

Ausschlaggebend für die Abschwächung im Wachstum des privaten Verbrauchs war die Verminderung des Anstiegs der verfügbaren Einkommen: Einmal sind die Lohn- und Gehaltssätze in den letzten Monaten nicht mehr so stark angehoben worden wie bisher; zum andern ist die Belastung der Einkommen mit Steuern und Sozialversicherungsabgaben gestiegen, da die zeitweilig erlassenen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wieder zu entrichten sind. Daneben sind auch die Einkommen in Form von Renten, Pensionen und Unterstützungen etwas langsamer gewachsen.

Alle diese Tendenzen werden auch in den kommenden Monaten wirksam bleiben, so daß sich das Expansionstempo sowohl der Einkommen als auch der Ausgaben der privaten Haushalte weiter ermäßigen dürfte. Beide Größen, verfügbares Einkommen und privater Verbrauch, werden aber auch im ersten Halbjahr 1963 noch erheblich höher sein als vor Jahresfrist.

Bereits im zweiten Halbjahr 1962 ist das Preisniveau des privaten Verbrauchs nicht mehr so stark gestiegen wie zuvor. Der Anstieg der Preise für gewerblich erzeugte Güter und für Dienst-

leistungen hat zwar angehalten; die Preise für Ernährungsgüter sind dagegen wegen der reichlicheren Ernte gesunken.

In den kommenden Monaten werden die Preise für gewerblich erzeugte Waren vermutlich weniger steigen als bisher. Andererseits muß mit einer weiteren Verteuerung der Dienstleistungen gerechnet werden. Von den Nahrungsmittelpreisen wird keine Entlastung des Preisniveaus mehr ausgehen, vielmehr ist zu erwarten, daß auch sie sich wieder erhöhen werden. Das Preisniveau des privaten Verbrauchs wird jedoch aller Voraussicht nach nicht mehr so stark steigen wie im ersten Halbjahr 1962.

Weiterhin kräftige Ausweitung des Staatsverbrauchs

Die starke Expansion der Ausgaben für den Verbrauch des Staates setzte sich in der zweiten Jahreshälfte fort. Dabei nahmen die Aufwendungen für Verteidigungszwecke beschleunigt zu, während die zivilen Ausgaben trotz der Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst verlangsamt gewachsen sein dürften.

Die Wachstumsrate der gesamten Staatsausgaben (ohne Zahlungen an das Ausland) war mit 12 vH nach wie vor größer als die der Einnahmen. Die Übertragungen (Sozialeinkommen, Wiedergutmachung u. a.) haben sich nicht mehr ganz so stark erhöht wie im ersten Halbjahr. Trotz der im Frühjahr beschlossenen Maßnahmen zur Dämpfung der Nachfrage nach Bauleistungen seitens der öffentlichen Haushalte sind die Aufwendungen für Eigeninvestitionen des Staates rascher gestiegen als zuvor. Dies gilt vor allem für den Straßen- und Tiefbau, aber auch für den Hochbau. Die Darlehensgewährung dürfte sich gegenüber dem ersten Halbjahr nur wenig verändert haben.

Das Wachstum der Staatseinnahmen hat sich in der zweiten Hälfte des Jahres kaum mehr abgeschwächt; im Vorjahrsvergleich betrug es knapp 10 vH. Der Rückgang der Wachstumsrate der Steuereinnahmen wurde weitgehend durch die gegenläufige Entwicklung der Sozialversicherungsbeiträge ausgeglichen. Die Minderung im Anstieg der Steuereingänge ergab sich vornehmlich daraus, daß die Einnahmen aus Gewinnsteuern nur etwa im Ausmaß der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zugenommen haben, nämlich verhältnismäßig wenig.

Der geschilderte Verlauf der Einnahmen und der Ausgaben der öffentlichen Haushalte führte zu inlandswirksamen Kassenüberschüssen (Nettoguthabenbildung einschl. Auslandszahlungen), die bedeutend niedriger waren als in den vorangegangenen Perioden. Läßt man die Sozialversicherungen außer Betracht, so ergibt sich ein noch stärkerer Rückgang, da deren Überschüsse im zweiten Halbjahr 1962 wegen der Wiedereinführung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung stark anstiegen.

Für das kommende Jahr sind finanzpolitische Maßnahmen vorgesehen, die das Wachstum der öffentlichen Ausgaben in bessere Übereinstimmung mit dem Anstieg des realen Sozialprodukts bringen sollen. Die Zunahme der Ausgaben wird sich — wenn auch nicht allein aus diesem

Ausblick

Grunde — im ersten Halbjahr 1963 abschwächen, doch ist unter Berücksichtigung von Ausgabenforderungen, die allerdings noch nicht in den gegenwärtig vorliegenden Haushaltsentwürfen enthalten sind, immer noch mit einem Anstieg von annähernd 10 vH zu rechnen.

Bei der zu erwartenden leichten Abschwächung der Wachstumsrate der Einnahmen dürften die inlandswirksamen Kassenüberschüsse der öffentlichen Haushalte (ohne Sozialversicherungen) weiterhin abnehmen.

Nach wie vor angespannter Kapitalmarkt

Auch im zweiten Halbjahr erhielt die Wirtschaft aus den Leistungsbilanzüberschüssen erheblich weniger Mittel als im Vorjahr. Im Vergleich hierzu nahm der inlandswirksame Einnahmenüberschuß der Öffentlichen Hand wiederum nur wenig ab. Bei wachsenden Ersparnissen der privaten Haushalte stieg die Netto-Verschuldung der Wirtschaft nochmals stärker als im Vorjahr. Dabei hielt die Tendenz zu besonders starkem Rückgriff auf mittel- und langfristige Kredite sowie zu erhöhter Beanspruchung des Anleihemarktes an. Da auch die Öffentliche Hand in verstärktem Umfang Anleihen emittierte, nahmen die Anforderungen an den Kapitalmarkt trotz rückläufiger Aktienemissionen kräftig zu.

Die Tendenz zur Erhöhung des Kapitalzinses hielt bis in die jüngste Zeit an, da das Angebot der erheblich steigenden Nachfrage zu den bisherigen Konditionen nicht zu folgen vermochte. Für die Zinserhöhung dürfte eine Rolle gespielt haben, daß wegen der ungünstigeren Gewinn-situation die Bonität der Kreditnehmer im Urteil der Banken beeinträchtigt wurde.

Die sichtbaren Liquiditätsreserven der Kreditinstitute sind zurückgegangen. Seit einiger Zeit ist der Liquiditätsentzug durch die Öffentliche Hand größer als der Liquiditätszufluß aus Devisenverkäufen der Wirtschaft an die Banken, so daß sich die übrigen kontraktiven Faktoren (Bargeldbedarf und Zunahme der Mindestreserven) voll durchsetzen konnten. Unter diesen Umständen hielten sich die Kreditinstitute bei ihren Wertpapierkäufen zurück.

Die Bundesbank wird voraussichtlich nach wie vor auf Liquiditätshilfen verzichten. Daher dürfte die Liquidität der Kreditinstitute weiter abnehmen. Von dieser Seite her ist also keine Tendenz zu einer Zinssenkung zu erwarten. Andererseits ist es nicht ausgeschlossen, daß die Ansprüche an den Kapitalmarkt wegen der staatlichen Dämpfungsmaßnahmen am Baumarkt weniger zunehmen werden als bisher. Da jedoch der Anleihebedarf der Öffentlichen Hand groß bleiben wird, ist eine Auflockerung des Kapitalmarktes fraglich.

Die Währungsreserven der Bundesbank sind — soweit erkennbar — bis in die jüngste Zeit gestiegen. Dieser Zunahme stand ein etwas stärkerer Abbau der Devisenposition der Geschäftsbanken gegenüber. Die volkswirtschaftlichen Währungsreserven sind daher leicht zurückgegangen.

Auch für die kommenden Monate ist mit einem konjunkturellen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion und der Beschäftigung nicht zu rechnen. Das reale Bruttosozialprodukt wird vielmehr weiter wachsen, und zwar aller Voraussicht nach annähernd ebenso stark wie in der zweiten Hälfte des Jahres 1962. Das Wachstum wird weiterhin wohl allein vom Produktivitätsfortschritt getragen, da wie bisher dem Zugang an Arbeitskräften eine etwa ebenso starke Verkürzung der Arbeitszeit gegenüberstehen wird.

Für eine solche Entwicklung spricht die Konstellation der konjunkturbestimmenden Kräfte, die für die kommenden Monate zu erwarten und weitgehend gegenwärtig schon zu erkennen ist; die auf Wachstum hinwirkenden Faktoren werden weiterhin erheblich stärker sein als die depressiven Momente, die da und dort in Erscheinung treten mögen. Die Ausweitung der Gesamtnachfrage wird sich dabei verlangsamen.

Was die Ausgaben für Bauinvestitionen anbelangt, so ist mit einer so gut wie unverminderten konjunkturellen Steigerung zu rechnen.

Der Staatsverbrauch wird weiterhin kräftig zunehmen, allerdings nicht mehr ganz so rasch wie im Jahre 1962. Dabei wird man davon ausgehen können, daß die ursprünglich in den Haushaltsplänen festgelegten Ausgaben in der Wirklichkeit noch überschritten werden.

Für den Einfluß, der vom Staat auf die Gesamtnachfrage ausgeht, ist entscheidend, daß seine Ausgaben für den eigentlichen Staatsverbrauch, für Investitionen und Einkommensübertragungen rascher wachsen werden als der voraussichtliche Mittelentzug durch die Steuern, so daß die laufenden Kassenüberschüsse weiterhin sinken werden. Ebenso ist damit zu rechnen, daß sich die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte verhältnismäßig rasch ausdehnen werden. Indes wird sich das Wachstumstempo, der Lohnentwicklung folgend, auch hier etwas verlangsamen.

Nennenswerte Impulse, weder im positiven noch im negativen Sinne, werden voraussichtlich von der Außenwirtschaft auf die Binnenkonjunktur nicht ausgehen.

Eine nicht unbeträchtliche Verlangsamung im Expansionstempo ist dagegen bei den Ausgaben für Ausüstungsinvestitionen zu erwarten. Wichtig für die konjunkturelle Betrachtung ist die Tatsache, daß schon seit einiger Zeit die auf Rationalisierung abgestellten Investitionen vordringen, die einen verhältnismäßig kleinen Kapazitätseffekt haben. Dies erklärt, warum ein potentiell Überangebot mit depressiven Wirkungen weder bisher festzustellen war, noch für die nächste Zukunft zu erwarten ist.

Unter diesen Umständen wird die konjunkturelle Entspannung bei weiterhin befriedigender Entwicklung von Einkommen und Beschäftigung

fortschreiten. Die Lohnentwicklung wird sich voraussichtlich noch mehr als bisher der Produktivitätssteigerung anpassen; die Umgruppierung der knappen Arbeitskräfte zu den Bereichen mit starker Ausweitung, vornehmlich zur Bauwirtschaft und zu den Dienstleistungsbereichen sowie die verstärkte Fluktuation innerhalb der Industrie sind bereits in diesem Sinne zu deuten.

Auch auf den Warenmärkten dürften die Spannungen und damit der Preisanstieg nachlassen. Die Voraussetzungen für eine Stabilität des Preisniveaus für den privaten Verbrauch sind damit günstiger geworden.

Alles in allem gesehen erweisen sich somit die konjunkturstabilisierenden Kräfte als so stark, daß die Reaktion auf die konjunkturelle Übersteigerung nicht in einen absoluten Rückgang der Gesamtbeschäftigung und des Einkommens, sondern nur in eine Verlangsamung des realen und nominalen Wachstums mündet. Konjunkturpolitische Maßnahmen sind daher gegenwärtig unerwünscht.

Die zu erwartende konjunkturelle Entwicklung schließt nicht aus, daß auch in den kommenden Monaten noch einzelne Branchen Produktionsrückgänge und entsprechende Ertragseinbußen

hinnehmen müssen. Zum Teil hängen solche Erscheinungen mit langfristigen Wandlungen in der Zusammensetzung der Nachfrage zusammen, die bei dem jetzigen konjunkturellen Klima deutlicher in Erscheinung treten als in Zeiten sehr rascher Expansion der Gesamtnachfrage. Zum Teil sind sie aber auch als konjunkturelle Konsequenz der vorausgegangenen kräftigen Steigerungen zu betrachten. So gesehen besagen sie, daß es der Konjunkturpolitik noch nicht geglückt ist, der für das gesamtwirtschaftliche Wachstum nachteiligen „Fehlverteilung der Nachfrage in der Zeit“ entgegenzuwirken.

* * *

Die an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute haben wiederum die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die ihrer Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftslage zugrunde liegen und die sich aus ihren Überlegungen über die Entwicklung in der ersten Hälfte des Jahres 1963 ergeben, in Form von Wachstumsraten in einer Tabelle zusammengefaßt.

In dieser Tabelle werden zum erstenmal auch Schätzungen für ein ganzes Jahr im voraus, hier

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für das Jahr 1963
Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr in vH

	1959	1960	1961	1962	1963	1962		1963
						1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
Entstehung des Sozialprodukts (real)								
Beschäftigte Arbeitnehmer	2,0	3,2	2,2	1,7	1	2	1,5	1,3
Arbeitszeit ¹⁾	-1,0	-0,7	-1,0	-1,7	-1	-2	-1,5	-1,3
Arbeitsvolumen	1,0	2,5	1,2	0	0	0	0	0
Produktivität ²⁾	5,7	6,0	4,2	4	3,5-4	3	4,5	4-4,5
Bruttoinlandsprodukt	6,8	8,6	5,5	4	3,5-4	3	4,5	4-4,5
Einkommensbildung (nominal)								
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,1	12,3	12,3	10	7,5	11	9	8
Nettolohn- und Gehaltssumme	7,5	10,8	11,6	9,5	6,5	10,5	8,5	7
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9,6	12,7	5,4	4	6	3	5	6
Nettogewinne ³⁾	8,9	11,9	1,3	2	4	-2	5	4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	7,3	8,9	10,5	9	6,5-7	10	8	7
Verwendung des Sozialprodukts (nominal)								
Privater Verbrauch	6,9	9,2	10,1	9-9,5	6-7	10,5	8-8,5	6,5-7
Staatsverbrauch	9,8	12,4	13,6	13	11	13	13	11
Ausrüstungsinvestitionen	8,9	17,8	14,7	8,5-9	3-6	9,5	8-9	5-7
Bauinvestitionen	18,4	14,8	15,4	13	10	11	14	14
Ausfuhr	11,8	14,6	4,7	4	.	3	4,5	3,5
Einfuhr	14,9	17,4	6,8	9,5	.	11	8,5	5,5
Bruttosozialprodukt	8,5	12,0	9,9	8	6,5-7	8	8-8,5	7-7,5
Preisniveau								
Privater Verbrauch	1,1	1,8	2,6	3,5	2-2,5	4	3	2-3
Ausrüstungsinvestitionen	-0,9	1,5	2,8	3,5	2	4	3,5	2
Bauinvestitionen	5,2	7,1	6,5	8	5	9	7	5,5

Anmerkung: 1959, 1960 und 1961 nach Angaben der Statistischen Bundesamtes. Zahlen für die Jahre 1962 und 1963 Schätzungen der beteiligten Institute. Ab 1961 Bundesrepublik einschl. Saarland.
¹⁾ Einschl. Veränderung der Zahl der Arbeitstage. — ²⁾ Reales Brutto-Inlandsprodukt je Arbeitnehmerstunde. — ³⁾ Ohne Erwerbseinkünfte des Staates.

für 1963, veröffentlicht. Diese Schätzungen enthalten quantitative Urteile über einen für konjunkturelle Entwicklungen verhältnismäßig langen Zeitraum. Sie sind daher mit einem entsprechend großen Maß an Unsicherheit behaftet.

Indes sind einige für das konjunkturelle Geschehen wichtige Faktoren schon heute für das ganze Jahr 1963 zu übersehen, so aus den vorliegenden Unterlagen für Bauplanungen und Bauvorhaben die Entwicklung der Nachfrage auf dem Baumarkt. Ferner liegen die Haushaltspläne der Öffentlichen Hand vor. Auch das Angebot an zusätzlichen Arbeitskräften ist heute schon innerhalb gewisser Grenzen festzulegen.

Weniger sicher fundiert sind die Schätzungen für andere Faktoren, wie Ausrüstungsinvestitionen, privater Verbrauch, sowie Einfuhr und Ausfuhr. Diese zum großen Teil aus dem konjunkturellen Verlauf heraus bestimmten Faktoren, die außerdem noch vom Verhalten der Unternehmer, Verbraucher und der Sozialpartner abhängig sind, lassen selbstverständlich einen gewissen Spielraum für eine optimistischere oder pessimistischere Deutung. Dieser Spielraum kommt in den

Spannen zum Ausdruck, die in der Tabelle bei einzelnen Größen erscheinen.

Es bedarf keines Hinweises, daß eine solche Vorausschau für ein Jahr nicht als unbedingte Prognose aufzufassen ist. Sie muß zu einem Teil von bestimmten Prämissen ausgehen, die selbstverständlich sind (Witterung, innen- und außenpolitische Situation); zu einem Teil handelt es sich um die primitive Hypothese, daß sich die Wirtschaftssubjekte in gleicher Situation annähernd gleich verhalten.

Solche bedingten Voraussagen sollen zwei Zwecken dienen: Sie sollen einmal den Unternehmen und den Sozialpartnern eine gewisse Orientierung über die künftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung bieten, wobei freilich ihr Verhalten selbst in gewissem Umfang bereits vorweggenommen ist. Zum anderen bieten sie der Wirtschaftspolitik die Möglichkeit festzustellen, ob der unter den überschaubaren und zu erwartenden Bedingungen wahrscheinliche Verlauf mit ihren eigenen Vorstellungen übereinstimmt. Dies mag gegebenenfalls ihr Handeln bestimmen.

Der Wochenbericht Nr. 52 erscheint wegen der Festtage

bereits am 19. Dezember 1962.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt,
Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36, in Vertretung: Dr. Horst Seidler. Verlag: Duncker & Humblot,
Berlin-Lichterfelde, Geraniestr. 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte
vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Diese Doppelnummer umfaßt 10 Textseiten und 2 Zahlenbeilagen —

Gegenstand	Einheit ¹⁾		1961						1962								
			Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
UdSSR																	
Kohle, gesamt ¹⁾²⁾	Mill. t	VS	.	.	129	.	.	126	.	.	130	.	.	128	.	.	129
Erdöl	"	"	.	.	42,9	.	.	44,0	.	.	43,7	.	.	45,6	.	.	47,7
Stromerzeugung, gesamt	Mrd. kWh	"	.	.	52,0	.	.	118,0	.	.	81,9	.	.	98,1	.	.	57,0
Eisenerz	Mill. t	"	.	.	30,5	.	.	30,2	.	.	30,5	.	.	31,6	.	.	33,0
Roheisen	"	"	.	.	12,7	.	.	13,2	.	.	13,4	.	.	13,7	.	.	13,8
Rohtahl	"	"	.	.	17,6	.	.	18,2	.	.	18,7	.	.	18,9	.	.	18,9
Walzwerkserzeugnisse	"	"	.	.	13,6	.	.	14,4	.	.	14,6	.	.	14,5	.	.	14,7
Kraftfahrzeuge ³⁾	1 000 St.	"	.	.	143	.	.	137	.	.	144	.	.	143	.	.	145
Traktoren ⁴⁾	"	"	.	.	67	.	.	65	.	.	65	.	.	71	.	.	74
Zement	Mill. t	"	.	.	13,0	.	.	13,6	.	.	13,4	.	.	14,3	.	.	14,3
Schwefelsäure	"	"	.	.	1,4	.	.	1,5	.	.	1,5	.	.	1,5	.	.	1,5
Mineraldünger, ges. (Reingehalt)	"	"	.	.	3,7	.	.	4,0	.	.	4,0	.	.	4,3	.	.	4,2
Baumwollgewebe	Mrd. qm	"	.	.	1,2	.	.	1,3	.	.	1,2	.	.	1,3	.	.	1,2
Papier, ges.	Mill. t	"	.	.	0,7	.	.	0,7	.	.	0,7	.	.	0,7	.	.	0,7
Bulgarien																	
Kohle, gesamt ¹⁾⁵⁾	1 000 t	VS	.	.	4685	.	.	5010	.	.	5100	.	.	5287	.	.	5269
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	S/VS	455	479	469	485	480	506	482	437	477	454	489	522	.	.	1583
Kupfererzkonzentrat 20%	1 000 t	"	6,2	7,6	6,7	7,7	7,1	7,2	7,3	6,6	7,5	6,7	7,3	7,8	.	.	24,8
Bleierzkonzentrat 70%	"	"	9,4	9,7	9,1	9,3	8,5	8,6	10,3	8,8	11,1	10,8	11,3	11,1	.	.	36,7
Rohtahl	"	"	26,3	26,0	26,9	32,9	31,0	28,7	34,7	32,1	34,2	34,7	36,8	34,9	.	.	104,6
Stickstoffdünger (Reingehalt)	"	"	7,3	5,2	7,6	7,7	7,9	8,3	8,5	7,2	8,5	8,2	8,4	8,0	.	.	21,2
Polen																	
Bruttoproduktion d. soz. Ind.	1955 = 100		160,3	175,4	182,0	195,8	199,1	189,8	181,0	171,0	196,7	176,7	193,0	188,1	178,6	187,7	.
Steinkohle	1 000 t	S	8518	9244	8904	9136	9524	8160	9505	8547	9748	8528	9230	8812	9172	9494	.
Koks ⁶⁾	"	"	1064	1063	1042	1094	1056	1034	1092	982	1096	1052	1087	1061	1100	1116	.
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	2425	2578	2628	2887	3020	3107	3135	2792	3032	2713	2769	2598	2667	2785	.
Roheisen ⁷⁾	1 000 t	"	408	403	377	398	393	394	444	420	454	424	439	429	447	457	.
Rohtahl	"	"	615	622	601	626	617	621	631	593	651	616	650	631	645	634	.
Walzwerkserzeugnisse	"	"	395	409	424	413	405	403	444	404	456	419	436	434	439	437	.
Zink	"	"	14,9	13,5	15,1	16,3	15,7	15,9	15,8	13,4	14,3	13,1	15,2	14,3	15,4	15,4	.
Stickstoffdünger, (Reingehalt)	"	"	22,3	22,9	22,8	23,2	23,8	25,8	25,5	23,1	26,3	25,5	26,4	24,8	23,8	24,5	.
Baumwollstoffe	Mill. m'	"	57,7	64,3	60,9	61,1	62,7	60,3	59,6	54,8	64,7	56,6	60,8	61,7	58,8	62,1	.
Beschäftigte in soz. Industrie	1 000	"	3059	3071	3114	3159	3181	3184	3161	3145	3156	3170	3176	319,3	321,2	.	.
Einzelhandelsumsatz ⁸⁾	Mrd. Zloty	"	18,0	19,3	20,3	20,6	19,5	22,4	15,7	16,4	19,6	21,3	19,2	20,2	19,6	20,2	.
Einfuhr, gesamt	Mill. Zloty	"	454,7	488,4	533,6	485,3	607,9	898,1	375,6	530,0	729,3	496,5	648,5	745,2	473,0	.	.
Einfuhr, gesamt	"	"	406,1	440,3	609,1	453,1	584,6	812,5	323,2	313,7	691,0	423,5	460,4	785,2	369,0	.	.
Einfuhr aus den Ostblockstaaten ⁹⁾	"	"	280,8	263,4	358,8	337,6	348,5	563,4	245,8	293,2	445,5	316,0	401,3	449,8	293,5	.	.
Ausfuhr nach d. Ostblockstaaten ⁹⁾	"	"	257,5	250,3	356,0	281,8	352,6	473,3	221,3	219,7	385,6	250,8	275,5	440,3	217,9	.	.
Tschechoslowakei																	
Bruttoprod. d. gesamten Industrie	in vH d. entspr. Zeitraums d. Vorjahrs	VS	.	.	109,6	.	.	106,8	.	.	105,7	.	.	107,9	.	.	.
Steinkohle, Bruttoprod.	1 000 t	S/VS	2150	2237	2226	.	.	7037	.	.	7255	.	.	6977	.	.	.
Braunkohle ¹⁰⁾	"	"	5182	5435	5242	.	.	15726	.	.	16037	.	.	16284	.	.	.
Koks, gesamt	"	"	728	717	682	.	.	2078	.	.	2131	.	.	2204	.	.	.
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	2013	2156	2190	.	.	7457	.	.	7360	.	.	6889	.	.	.
Eisenerz, roh	1 000 t	"	255	290	278	.	.	797	.	.	897	.	.	899	.	.	.
Roheisen	"	"	419	434	432	.	.	1209	.	.	1265	.	.	1294	.	.	.
Rohtahl	"	"	571	567	568	.	.	1757	.	.	1821	.	.	1936	.	.	.
Walzwerkserzeugnisse ¹¹⁾	"	"	355	373	375	.	.	1204	.	.	1237	.	.	1299	.	.	.
Personenkraftwagen	Stück	"	3934	4612	5349	.	.	14323	.	.	16439	.	.	16220	.	.	.
Chemische Düngemittel ¹²⁾	1 000 t	"	24,4	25,9	26,4	.	.	80,4	.	.	80,9	.	.	86,8	.	.	.
Baumwollgewebe ¹³⁾	Mill. m	"	30,0	34,6	41,9	.	.	119,0	.	.	131,3	.	.	129,2	.	.	.
Beschäftigte in der Industrie ¹⁴⁾	1 000	VD	.	2383	.	.	2419	.	2418	.	.	2414
Einfuhr, gesamt	Mill. Kcs	VS	.	.	3498	.	.	4242	.	.	3392	.	.	3788	.	.	.
Ausfuhr, gesamt	"	"	.	.	8376	.	.	4178	.	.	3524	.	.	4156	.	.	.
Einfuhr aus den Ostblockstaaten ⁹⁾	"	"	.	.	2304	.	.	2916	.	.	2267	.	.	2580	.	.	.
Ausfuhr nach d. Ostblockstaaten ⁹⁾	"	"	.	.	2495	.	.	2797	.	.	2435	.	.	2982	.	.	.
Rumänien																	
Kohle, gesamt ¹⁾¹⁴⁾	1 000 t	S	747	719	742	759	772	761	773	730	839	762	765	815	.	.	.
Erdöl	"	"	989	1009	984	1002	962	984	989	894	996	960	993	974	.	.	.
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	661	696	720	783	800	840	843	778	836	762	780	766	.	.	.
Eisenerzförderung	1 000 t	"	155,0	153,9	150,0	138,8	154,2	107,4	127,8	112,6	128,4	139,8	136,5	144,3	.	.	.
Rohtahl	"	"	174,0	175,8	173,2	178,2	190,3	193,5	183,0	169,3	188,1	207,3	204,5	209,9	.	.	.
Beschäftigte in ges. Industrie	1 000	VD	.	1372,7	.	.	1405,1	.	1409,3	.	.	1450,3
Ungarn																	
Nettoprod. der staatl. Industrie	1960 = 100		110	118	122	119	115	111	108	104	121	104	121	126	120	124	.
Kohle, gesamt ¹⁾¹⁵⁾	1 000 t	S	2393	2499	2368	2409	2300	2171	2390	2221	2514	2125	2463	2469	2434	2437	.
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	673	707	711	760	758	766	780	719	787	700	744	722	723	730	.
Bauxit	1 000 t	"	188	134	123	116	108	86	91	96	87	103	140	141	141	145	.
Rohtahl	"	"	159	170	175	187	183	185	187	180	194	191	197	189	204	198	.
Beschäftigte in der Industrie ¹⁶⁾	1 000	VD	.	1384	.	.	1378	.	1359	.	.	1376
Jugoslawien																	
Bruttoproduktion d. ges. Industrie	1961 = 100		89	101	105	108	105	112	92	93	106	100	105	110	98	108	.
Kohle, gesamt ¹⁾¹⁷⁾	1 000 t	S	1829	2108	2076	2108	1925	2085	1994	1957	2060	1888	1910	2030	1923	2211	.
Stromerzeugung, gesamt	Mill. kWh	"	767	788	791	844	917	995	866	866	989	907	899	871	861	884	.
Rohtahl	1 000 t	"	124,5	136,3	122,3	129,7	131,3	136,4	133,8	131,5	146,9	127,6	125,0	136,6	132,1	131,8	.
Kupfer, raff.	"	"	2,3	2,3	2,9	3,9	3,1	3,1	2,8	2,6	2,4	4,0	5,1	5,0	4,7	4,7	.
Blei, raff.	"	"	6,5	8,6	7,5	8,0	8,9	9,9	5,0	7,5	8,3	8,2	8,0	9,2	6,6	7,7	.
Beschäftigte in soz. Industrie ¹⁸⁾	1 000	D	1162	1169	1184	1181	1173	1166	1149	1169	1166	1169	1176	1180	1188	.	.
Einfuhr, gesamt ¹⁹⁾	Mrd. Dinar	"	22,3	24,5	22,7	28,1	24,5	25,6	22,5	17,9	23,7	23,8	25,1	20,8	26,9	22,7	.
Ausfuhr, gesamt	"	"	13,8	13,0	12,6	13,5	15,5	18,9	13,4	13,0	14,2	12,6	16,3	17,1	17,3	18,0	.
Einfuhr aus den Ostblockstaaten ²⁰⁾	"	"	3,6	3,4	4,0	5,6	5,0	7,6	.	2) 8,5	4,2	4,0	5,0	4,7	4,7	4,0	.
Ausfuhr nach d. Ostblockstaaten ²⁰⁾	"	"	3,5	3,4	3,												